

Newsletter aus Brüssel

02.10.2017, Ausgabe 27
IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- Mehr Europa: Emmanuel Macron zur Zukunft der EU
- Langerwartet: EU-Kommission legt Industriestrategie vor
- Neues Handelspaket der EU-Kommission: Weichenstellung für mehr Transparenz und Demokratie?
- Rede zur Lage der Union: Appell an die Einheit Europas
- Verlorenes Vertrauen zurückgewinnen: Neue verpflichtende PKW-Abgasprüfungen in Kraft

Mehr Europa: Emmanuel Macron zur Zukunft der EU

In seiner europapolitischen Grundsatzrede an der Pariser Universität Sorbonne am 26. September 2017 sprach sich der französische Staatspräsident, Emmanuel Macron, für weitreichende Reformen der EU aus.

Ein "souveränes, geeintes und demokratisches Europa", so Emmanuel Macron, benötige mehr gemeinsamen Reformwillen und mehr Europäische Integration anstelle von nationalen Alleingängen. Im Sinne eines souveränen Europas betonte Macron u.a. die Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Verteidigungshaushaltes sowie einer gemeinsamen verteidigungspolitischen Handlungs doktrin. Auch sprach er sich für einen europäischen Grenz-, Asyl- und Migrationsraum aus, um Grenzen effizient zu verwalten, geflüchtete Menschen in Würde empfangen und integrieren, und die nicht Asyl-berechtigten schneller wieder zurückschicken zu können. Zur Bekämpfung von Flucht-ursachen sei eine vertiefte Partnerschaft mit Afrikanischen Ländern unumgänglich. Europa könnte außerdem Vorbild für nachhaltige Entwicklung werden, und hierzu beispielsweise eine europäische CO2-Steuer an den Grenzen einführen. Weiterhin müsse Europa den digitalen Wandel anführen anstatt sich von den globalen Entwicklungen treiben zu lassen. Für eine gerechtere Digitalisierung müsse man außerdem über eine Besteuerung von digitalen Unternehmen diskutieren. Die Eurozone müsse zum Zentrum der wirtschaftlichen Kraft Europas in der Welt werden. Damit bekannte sich Macron ausdrücklich zu einem "Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten". Des Weiteren sprach sich Macron für ein eigenes Eurozonen-Budget aus. Er betonte jedoch, dass es ihm dabei nicht um eine Vergemeinschaftung von Schulden aus der Vergangenheit gehe. Im Sinne eines geeinten Europas forderte Macron, die Sozial- und Steuermodelle der einzelnen Mitgliedstaaten schrittweise aneinander anzunähern, sowie allen EU-Bürgerinnen und -Bürgern einen angemessenen Mindestlohn zu gewährleisten. Wichtig

sei es außerdem, das Zugehörigkeitsgefühl der Europäerinnen und Europäer zur EU zu stärken. Hierzu schlug er beispielsweise vor, die Möglichkeiten für Aufenthalte im EU-Ausland von jungen Menschen im Rahmen ihrer Ausbildung weiter auszubauen. Im Sinne eines demokratischen Europas sieht Macron die Notwendigkeit demokratischer Konvente und der Stärkung des EU-Parlaments durch transnationale Wahllisten. Macron appellierte besonders an die deutsch-französischen Beziehungen und schlug eine Überarbeitung des Élysée-Vertrages vor, um die Zusammenarbeit zu vertiefen und gemeinsam als Impulsgeber eines integrierten Europas aufzutreten.

Langerwartet: EU-Kommission legt Industriestrategie vor

Am 18. September 2017 hat die EU-Kommission ihre neue Industriestrategie vorgestellt. Gewerkschaften fordern seit langem eine gemeinsame industriepolitische Ausrichtung der EU.

In ihrer "Neuen Strategie für die Industriepolitik der EU" hebt die Kommission die Bedeutung der Industrie als "wichtigen Motor für Produktivität und Innovation" und als "Eckpfeiler des wirtschaftlichen Wohlstands in Europa" hervor. In Zeiten wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, technologischer und ökologischer Umbrüche stünden viele industrielle Branchen vor großen Herausforderungen. Eine gemeinsame Industriestrategie in Europa für "Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie" sei daher notwendig, so die Kommission. Sie legt dabei den Fokus auf die Branchen der Verteidigungs-, Automobil-, Stahl-, sowie der Raumfahrtindustrie. Maßnahmen betreffen u.a. die Bereiche Kreislaufwirtschaft, Cyber-Sicherheit, öffentliches Auftragswesen, Qualifizierung und Ausbildung sowie klimafreundliche und vernetzte Mobilität. Gewerkschaften fordern seit Jahren eine kohärente europäische Industriepolitik. Der Europäische Gewerkschaftsbund, EGB, sowie der europäische Dachverband der Industriegewerkschaften, industriAll Europe, begrüßten daher grundsätzlich die Initiative der Kommission. Sie zeigten sich jedoch enttäuscht über die konkreten Vorschläge. industriAll Europe verwies darauf, dass die Kommission kaum Neues präsentiere, sondern vielmehr bereits bestehende und geplante Initiativen neu zusammenfasse. Es fehle eine "langfristige Vision", die u.a. aufzeige, wie das Ziel erreicht werden kann, bis zum Jahre 2020 den Beitrag der Industrie am BIP auf 20% zu erhöhen. Der EGB gab zu bedenken, dass Digitalisierung, Dekarbonisierung und andere Trends nicht von allein neue Arbeitsplätze schaffen würden, sondern eine aktive Steuerung der Veränderungsprozesse ("active change Management") erfordere. Wolfgang Lemb, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und zuständig für Industriepolitik, sagte: "Die EU-Kommission hat den Ernst der Lage und die Notwendigkeit für Investitionen in eine Re-Industrialisierung in Europa erkannt. Bislang mangelt es aber an einer kohärenten und pro-aktiven Industriepolitik, die den Weg zu neuem und nachhaltigem industriellen Wachstum, sowie zu Investitionen in qualitative Arbeitsplätzen ebnet. Fraglich ist, ob die neue industriepolitische Strategie dies leisten kann, da sie an vielen entscheidenden Stellen unpräzise bleibt. Die IG Metall fordert deutliche Nachbesserungen. Klar ist: Austerität und Deregulierung hemmen wirtschaftliches Wachstum und Innovation und verschärfen die soziale Ungleichheit. Europa braucht endlich mehr, zielgerichtete und gemeinschaftlich gesteuerte Investitionen für eine innovative und sozial gerechte Industriepolitik."

Neues Handelspaket der EU-Kommission: Weichenstellung für mehr Transparenz und Demokratie?

Die EU-Kommission hat am 14. September neue Initiativen in der Handelspolitik vorgestellt. Diese sollen für mehr Transparenz und demokratische Kontrolle bei Freihandelsverträgen sorgen.

Die Handelspolitik der EU ist seit den Verhandlungen der Freihandelsabkommen TTIP sowie CETA stark in die Kritik geraten. Zivilgesellschaft, Gewerkschaften sowie viele Europaabgeordnete hatten vor allem die Regelungen zu Investorenschutz und Schiedsgerichten bemängelt sowie mehr Transparenz den Verhandlungen gefordert. Mit den nun vorgelegten Maßnahmen will die Kommission auf diese Kritik reagieren und die Grundlagen schaffen für eine "ausgewogene und fortschrittliche Handelspolitik". Vorgeschlagen wird die Einrichtung eines multilateralen Investitionsgerichtshofes mit unabhängigen Richtern und dem Recht auf Berufung. Mit einer derartigen Gerichtsbarkeit könne die EU "die Interessen von Staaten und Investoren in ein ausgewogenes Verhältnis bringen und die notwendige demokratische Legitimität durch Unabhängigkeit, Berechenbarkeit und Transparenz gewährleisten", erklärte der erste Vizepräsident der Kommission, Frans Timmermans. Außerdem will die Kommission zukünftig alle ihre Verhandlungsmandate bei Freihandelsabkommen veröffentlichen.

Darüber hinaus stellt die Kommission ein neues Prüfsystem ausländischer Direktinvestitionen vor. Dieses soll für mehr Transparenz der Investitionstätigkeiten von Drittstaaten sorgen. Zusätzlich soll die Einrichtung eines neuen Beratungsgremiums insbesondere der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Verbraucherschutzverbänden mehr Mitsprache bei EU-Handelsabkommen ermöglichen.

Die Kommission schlägt außerdem vor, Verhandlungen über neue Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland aufzunehmen. Diese Abkommen wären keine Freihandelsabkommen, sondern "reine Handelsabkommen", die nicht in die Kompetenz der EU-Mitgliedsländer eingreifen. Anders als beim Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, CETA, müssten daher die nationalen und regionalen Parlamente nicht notwendigerweise um ihre Zustimmung gefragt werden. Allerdings solle von Beginn an bei den Verhandlungen Wert auf Transparenz gelegt werden, betont die Kommission.

Die Europaabgeordneten hatten bereits vor Veröffentlichung der Kommissions-Vorschläge ihre handelspolitische Position verabschiedet. In ihrem Initiativbericht vom 12. September 2017 sprechen sie sich mehrheitlich dafür aus, soziale und ökologische Werte sowie Transparenz und Verantwortlichkeit in den Mittelpunkt zukünftiger Handelspolitiken zu stellen. Es müsse ein rechtlicher Rahmen für mehr Transparenz und verpflichtende Nachvollziehbarkeit entlang der gesamten Lieferkette geschaffen werden. Außerdem forderten sie die EU-Mitgliedsstaaten dazu auf, das Recht auf Versammlungsfreiheit sowie das Recht auf Kollektivvertragsverhandlungen in den wirtschaftlichen Partnerländern voranzutreiben.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zum Handelspaket](#)
- [Initiativbericht des EU-Parlamentes](#)

Rede zur Lage der Union: Appell an die Einheit Europas

Am 13. September 2017 hielt der Präsident der EU-Kommission die alljährliche "Rede zur Lage der Union". Die Europäische Gewerkschaftsbewegung zeigte sich skeptisch gegenüber der darin angesprochenen sozialpolitischen Vorschläge.

In seiner "Rede zur Lage der Union", traditionsgemäß vor den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, präsentierte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die politischen Prioritäten der Kommission für das kommende Jahr und skizzierte seine Vision eines geeinten und starken Europas bis zum Jahr 2025.

Trotz der diversen Krisenherde in Europa – stockende Brexit-Gespräche, kontroverse Debatten zur Flüchtlingspolitik und rechtspopulistische Strömungen – sei die EU "auf Kurs", so Juncker. Die Wirtschaft wachse wieder, die Arbeitslosigkeit sei gesunken. Man müsse nun gemeinsam den Kurs halten, um die großen Herausforderungen der Zukunft als Union bewältigen zu können. Zentral sei daher die Vollendung von Energieunion, Sicherheitsunion, Kapitalmarktunion, Bankenunion sowie Digitalem Binnenmarkt. Grundlage aller Vorhaben müsse dabei aber ein gemeinsamer Wertekanon sein, bestehend aus Freiheit, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit. Juncker machte konkrete Reformvorschläge, wie der wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Zusammenhalt in der Union gestärkt werden könnte. Er sprach sich u.a. für weitere bilaterale Handelsabkommen aus, die auf Gegenseitigkeit, Transparenz und Demokratie beruhten, und schlug die Einrichtung des Amtes eines permanenten europäischen Wirtschafts- und Finanzministers vor.

Des Weiteren wolle er sich für die Schaffung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde einsetzen, um alle EU-Regularien zu Arbeitnehmerrechten effektiver umsetzen zu können. Juncker betonte: "In einer Union der Gleichen kann es keine Arbeitnehmer zweiter Klasse geben. Menschen, die die gleiche Arbeit am gleichen Ort verrichten, sollten das gleiche Gehalt bekommen." Er forderte außerdem alle Mitgliedstaaten dazu auf, auf dem EU-Sozialgipfel am 17. November 2017 die Europäische Säule sozialer Rechte zu unterzeichnen.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) begrüßte Junckers Reformvorschläge, wies aber kritisch darauf hin, dass ein stärkerer sozialpolitischer Ansatz nötig sei, um gegen die Missstände von sozialer Ungleichheit und prekärer Beschäftigung vorzugehen. Insgesamt male die Rede ein "zu rosiges Bild der Konjunkturerholung" und liefere "zu schwache Vorschläge für soziale Gerechtigkeit", so Luca Visentini, EGB-Generalsekretär.

- Rede zur Lage der Union 2017

Verlorenes Vertrauen zurückgewinnen: Neue verpflichtende PKW-Abgasprüfungen in Kraft

Ab 1. September 2017 gelten europaweit strengere PKW-Abgastests. Die IG Metall begrüßt die neuen Regelungen, da sie helfen könnten, das Vertrauen in den Diesel als wichtige Übergangstechnologie wiederherzustellen.

Alle neuen Kraftfahrzeugtypen müssen laut neuer EU-Verordnung Abgastests unter realen Fahrbedingungen ("Real Driving Emissions", RDE) durchlaufen, bevor sie auf den Straßen Europas zugelassen werden können. Stickoxid- und Partikelemissionen sollen so zuverlässiger gemessen und Betrugereien verhindert werden. Ergänzt wird dieses Prüf-

verfahren durch verbesserte Labortests ("Worldwide Harmonized Light Duty Test Procedure", WLTP), die den tatsächlichen Ausstoß sonstiger Luftschadstoffe sowie CO₂ messen sollen. Die neuen Regelungen sind laut Kommission ein wichtiger Schritt in Richtung einer sauberen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Automobilindustrie in Europa. Kommissarin Elzbieta Bienkowska, zuständig für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, sagte, dass die bestehenden Risiken für die öffentliche Gesundheit und die Umwelt einen Umstieg auf emissionsfreie Fahrzeuge erforderlich machten. Gleichzeitig sprach sie sich jedoch ebenso für einen allmählichen Übergang vom Diesel zu neuen Technologien aus, indem sie betonte, dass Dieselfahrzeuge einstweilen noch "Teil unseres täglichen Lebens" seien. Daher müsse man mithilfe verlässlicher Prüfmethoden "das Vertrauen in diese Technologie wiederherstellen". Die IG Metall begrüßt die Einführung verbesserter und transparenter Emissionsmessungen, um das Vertrauen in die Dieseltechnologie wieder herzustellen. Es muss laut Einschätzung der IG Metall eine angemessene Übergangszeit zum klimaneutralen Fahrzeug geben, in der Dieselantriebe mit verbesserter Abgastechnologie erhalten bleiben, um die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilbranche zu wahren. Auf dem IAA-Symposium von IG Metall und VDA am 20. September 2017 in Frankfurt am Main forderte der erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, ein koordiniertes Zusammenwirken von Unternehmen, Verbänden, Politik und anderer zentraler Institutionen, um die Mobilitäts- und Energiewende sozial verträglich zu gestalten. "Erforderlich sind eine bessere Abstimmung von Instrumenten und deren jeweilige regionale Umsetzung – das erfordert neue Formen der Politikkoordination. Auch dafür muss die kommende Bundesregierung belastbare Vorschläge machen", so Hofmann.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)
- [Pressemitteilung zum IAA-Symposium der IG Metall](#)

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand